

Steuer-Bluff der Ampel – so viel weniger netto haben Sie bald vom Brutto



Von **Karsten Seibel**

Wirtschafts- und Finanzredakteur

Stand: 00:55 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Quelle: Getty Images

Olaf Scholz sinniert über Steuersenkungen, die kaum Auswirkungen hätten. Dabei wären spürbare Entlastungen dringend notwendig. Exklusive Berechnungen des IW zeigen, dass viele Menschen ab Januar sogar weniger Netto vom Brutto haben. Hier sehen Sie, wie stark es Sie betrifft.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) glaubt einen neuen Wahlkampfschlager entdeckt zu haben. Er will die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von sieben auf fünf Prozent senken. Das merke jeder Bürger an der Supermarktkasse. „Das würde ganz vielen, die wenig Geld verdienen, helfen“, sagte Scholz vor wenigen Tagen. Auch er weiß, dass die hohen Lebenshaltungskosten entscheidend für den Ausgang der US-Präsidentschaftswahlen waren. Donald Trump hatte den Kampf gegen Inflation zu seinem Thema gemacht – und gewonnen.

Der Scholz-Vorstoß zur Mehrwertsteuer dürfte allerdings nur wenige hierzulande überzeugen, das Kreuz bei der SPD zu machen. Zu gering ist der Effekt. Bei durchschnittlichen Lebensmittelausgaben von 200 Euro im Monat spart jeder gerade mal 3,73 Euro. Sofern der Supermarktbetreiber den geringeren Mehrwertsteuersatz überhaupt an seine Kunden weitergibt. Verpflichtet ist dazu niemand.

Eine merkliche Entlastung der Bürger wäre dringend notwendig. Viele Menschen haben ab dem Jahreswechsel weniger Netto vom Brutto. Das liegt vor allem an den steigenden Beiträgen für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Aber auch daran, dass die höheren CO₂-Preise das Tanken und Heizen verteuern. Das schon vor Monaten in Aussicht gestellte höhere Kindergeld und der Ausgleich der kalten Progression bei der Einkommensteuer könnten immerhin noch kommen und das Minus zumindest schmälern. Wer ab Januar wie viel weniger hat, zeigen Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) für WELT AM SONNTAG.

Bis zu 541 Euro weniger Netto

Die Zusatzbelastungen werden alle Beschäftigte auf ihrem Lohnzettel sehen. Bei einem Single mit einem Bruttoeinkommen von 50.000 Euro führen diese dazu, dass er 233 Euro weniger zur Verfügung hat. Gutverdiener mit 70.000 Euro müssen im kommenden Jahr netto mit 541 Euro weniger auskommen.

Nicht besser sieht es bei Familien und Alleinerziehenden aus. Einem Doppelverdienerhaushalt mit zwei Kindern und einem Jahresbruttoeinkommen von 90.000 Euro fehlen 420 Euro. Wer sein Kind allein erzieht, bei dem schrumpft das Bruttoeinkommen von 50.000 Euro um 246 Euro. Pro Monat fehlen in den Rechenbeispielen je nach Familienkonstellation und Einkommen zwischen 20 Euro und 45 Euro.

Dabei kommen verschiedene Effekte zusammen. Zum einen steigen wegen der starken Lohnzuwächse die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung. Wer mehr als 62.100 Euro verdient, hat wegen des höheren Grenzwerts von 66.150 Euro bei der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung mehr Abzüge. Die Grenze der Renten- und [Arbeitslosenversicherung \(https://www.welt.de/themen/arbeitslosenversicherung/\)](https://www.welt.de/themen/arbeitslosenversicherung/) steigt von 90.600 Euro auf 96.600 Euro.

Alleinerziehende mit einem Kind

Belastungen (-) und Entlastungen (+), in Euro pro Jahr, 2025

Beiträge für...	Bruttoeinkommen		
	36.000	50.000	70.000
Rentenversicherung	0	0	0
Krankenversicherung	-144	-200	-595
Pflegeversicherung	-36	-50	-135
Arbeitslosenversicherung	0	0	0
Reduktion Einkommensteuer/Soli durch höhere Sozialversicherungsbeträge	+46	+74	+234
Erhöhung CO ₂ -Preis	-67	-70	-72
Zwischenergebnis	-201	-246	-568
Möglicher Ausgleich kalte Progression*	+128	+179	+193
Mögliche Erhöhung Kindergeld*	+60	+60	+60
Gesamt	-13	-7	-315

* Bei Annahme des Ausgleichs der kalten Progression 2025 und Erhöhung des Kindergelds wie im Gesetzentwurf (Stand Formulierungshilfe vom 15.10.2024)

Anmerkung: Abhängig Beschäftigte, gesetzlich krankenversichert mit Zusatzbeitrag 2,5 Prozent, Gasheizung, Benzin-Kfz.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

WELT

Quelle: Infografik WELT

Familie mit zwei Kindern

Belastungen (-) und Entlastungen (+), in Euro pro Jahr, 2025

Beiträge für...	Bruttoeinkommen der beiden Partner		
	42.000/24.000	60.000/30.000	90.000/40.000
Rentenversicherung	0	0	0
Krankenversicherung	-264	-360	-755
Pflegeversicherung	-66	-90	-165
Arbeitslosenversicherung	0	0	0
Reduktion Einkommensteuer/Soli durch höhere Sozialversicherungsbeträge	+86	+132	+300
Erhöhung CO ₂ -Preis	-98	-102	-111
Zwischenergebnis	-342	-420	-731
Möglicher Ausgleich kalte Progression*	+262	+350	+384
Mögliche Erhöhung Kindergeld*	+120	+120	+120
Gesamt	+40	+50	-227

* Bei Annahme des Ausgleichs der kalten Progression 2025 und Erhöhung des Kindergelds wie im Gesetzentwurf (Stand Formulierungshilfe vom 15.10.2024)

Anmerkung: Abhängig Beschäftigte, gesetzlich krankenversichert mit Zusatzbeitrag 2,5 Prozent, Gasheizung, Benzin-Kfz.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

WELT

Quelle: Infografik WELT

Singlehaushalt

Belastungen (-) und Entlastungen (+), in Euro pro Jahr, 2025

Beiträge für...	Bruttoeinkommen		
	50.000	70.000	100.000
Rentenversicherung	0	0	-558
Krankenversicherung	-200	-595	-595
Pflegeversicherung	-50	-159	-159
Arbeitslosenversicherung	0	0	-78
Reduktion Einkommensteuer/Soli durch höhere Sozialversicherungsbeiträge	+78	+278	+595
Erhöhung CO ₂ -Preis	-61	-65	-68
Zwischenergebnis	-233	-541	-863
Möglicher Ausgleich kalte Progression*	+195	+305	+694
Gesamt	-38	-236	-169

* Bei Annahme des Ausgleichs der kalten Progression 2025 wie im Gesetzentwurf (Stand Formulierungshilfe vom 15.10.2024)

Anmerkung: Abhängig Beschäftigt/; gesetzlich krankenversichert mit Zusatzbeitrag 2,5 Prozent, Gasheizung, Benzin-Kfz.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

WELT

Quelle: Infografik WELT

Für alle erhöhen sich zudem die Beitragssätze: Um 0,8 Punkte geht es in der [gesetzlichen Krankenversicherung \(/themen/krankenversicherung/\)](#) laut Bundesregierung im Durchschnitt nach oben – von 1,7 Prozent auf 2,5 Prozent. Um 0,2 Punkte in der Pflegeversicherung – von 3,4 Prozent auf 3,6 Prozent.

In Summe machen die Sozialabgaben inklusive Renten- und Arbeitslosenversicherung im nächsten Jahr 42 Prozent des Bruttolohns aus, bislang sind es 41 Prozent. „Dieser zusätzliche Prozentpunkt bedeutet [Einnahmen von rund 19 Milliarden Euro \(/themen/bundeshaushalt/\)](#) im Jahr 2025, die zur Hälfte auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber entfallen“, sagt IW-Steuerexperte Martin Beznoska. Er verweist darauf, dass die Sozialabgaben nicht nur alle Privathaushalte belasten, die wachsenden Arbeitskosten verschlechterten auch die Qualität des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

In ihre Rechnung haben Beznoska und sein Kollege Tobias Hentze zudem die steigende [CO₂-Abgabe \(/finanzen/verbraucher/article196446481/CO2-Steuer-Das-bedeutet-die-Abgabe-fuer-Ihren-Haushalt.html\)](#) berücksichtigt. Der Preis pro Tonne erhöht sich zum 1. Januar um weitere zehn Euro – von 45 Euro auf 55 Euro.

„Für die meisten Privathaushalte bedeutet dies eine zusätzliche Belastung beim Tanken und Heizen“, sagt Beznoska. Indirekt sei auch der Preis für Strom betroffen, wenn dieser aus fossilen Quellen komme. Er verweist dabei auf das schon im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung erwähnte, aber bis heute nicht umgesetzte Klimageld. Durch dessen Auszahlung könnten höhere Lasten sozialverträglich aufgefangen werden. Ob eine neue Regierung dieses Instrument nutzt, muss sich zeigen. Zumindest für 2025 sollte damit niemand kalkulieren.

Auf den Ausgleich der kalten Progression einschließlich der Anpassung von Kindergeld und Kinderfreibetrag haben sich zum Wochenschluss immerhin die ehemaligen Ampel-Koalitionäre, also die Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und FDP geeinigt. Doch nicht nur der Bundestag, sondern auch der Bundesrat müssen dem zustimmen. Ob und wann dies geschieht, liegt damit auch an den unionsgeführten Ländern. Kommt es erst im nächsten Jahr zu einer Verständigung, würden die Änderungen immerhin noch rückwirkend zum 1. Januar 2025 greifen.

„Für die Steuerzahler wäre der Ausgleich der kalten Progression wichtig, um die Belastungseffekte zumindest abzumildern“, sagt Beznoska. Für einen Single mit einem Bruttoeinkommen von 50.000 Euro würde sich das Minus dann immerhin von 233 Euro auf 38 Euro reduzieren, für den 70.000-Euro-Gutverdiener von 541 Euro auf 236 Euro im Jahr. Auch bei Alleinerziehenden reichen Kindergelderhöhung und veränderter Einkommensteuertarif in den berechneten Fällen nicht aus, um aus dem Minus ein Plus zu machen. Bei einem Bruttoeinkommen von 50.000 Euro schmilzt das Minus immerhin von 246 Euro auf sieben Euro zusammen.

 NEWSLETTER

MONEY MAIL

Aktien und Steuern, Renten und Gehälter, Wohnen
und Heizen – die besten Geld-Artikel. Immer
mittwochs. Unterstützt durch KI.

ABONNIEREN

[ZUR NEWSLETTERVERWALTUNG](#)

Lediglich bei gemeinsam veranlagten Partnern mit Kindern kann die Bilanz für 2025 am Ende doch noch deutlich besser ausfallen. Bei Doppelverdienerhaushalten mit zwei Kindern drehen sich die Vorzeichen um. Aus einem Minus von 342 Euro wird für das 66.000-Euro-Paar ein um 40 Euro höheres Nettoeinkommen. Bei dem 90.000-Euro-Paar werden aus minus 420 Euro plus 50 Euro. Erst ab noch höheren Haushaltseinkommen bleibt es bei einer Zusatzbelastung im kommenden Jahr.

Wobei es sich beim Ausgleich der Progression für Einkommensteuerzahler genau genommen ohnehin um keine echte Entlastung handelt. Dadurch wird lediglich in Zeiten hoher Inflation eine faktische Steuererhöhung vermieden. Mit steigenden Löhnen würden sich ohne Verschiebung des Grundfreibetrags und weiterer Eckwerte des Einkommensteuertarifs höhere Belastungen ergeben, obwohl die Menschen sich nicht mehr leisten könnten. Der positive Effekt ist für Arbeitnehmer in jedem Fall größer als bei einer eingeschränkten Mehrwertsteuersenkung.

[Karsten Seibel](#) (/autor/karsten-seibel/) ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet unter anderem über Haushalts- und Steuerpolitik.

THEMEN

BÜRGERGELD KRANKENKASSEN RENTE KRANKENVERSICHERUNG STEUER

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <http://epaper.welt.de>